

presse

Aktionspläne im Kampf gegen Kinder- und Müttersterblichkeit dringend erforderlich

Anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April 2010 erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, endlich die Bedeutung der Kinder- und Müttersterblichkeit im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ernst zu nehmen, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Um das Leben der Mütter zu retten, sind Aktionspläne gegen Müttersterblichkeit dringend notwendig. Zudem müssen mehr Mittel dafür bereit gestellt werden.

In den Ländern, die am meisten von Müttersterblichkeit betroffen sind, sollen diese Aktionspläne umgehend umgesetzt werden, um bis 2015 mehr als bisher erfolgreich zu sein. Das sind vor allem afrikanische Länder südlich der Sahara wie Sierra Leone, Niger, Angola oder der Kongo und Länder in Zentralasien. In Afghanistan ist die Müttersterblichkeitsrate mit 1.800 toten Mädchen und Frauen pro 100.000 Lebendgeburten weltweit sogar die zweithöchste.

Jährlich sterben noch immer über eine halbe Million Frauen und Mädchen an Komplikationen während der Schwangerschaft, der Entbindung oder in den sechs Wochen nach der Geburt. Alle drei Sekunden stirbt ein Kind unter fünf Jahren - das sind jährlich mehr als neun Millionen Kinder - an behandelbaren

oder vermeidbaren Krankheiten. Das ist ein untragbarer Zustand.

Die Millennium-Entwicklungsziele zur Senkung der Kindersterblichkeit und zur Verbesserung der Müttergesundheit werden sträflich vernachlässigt. Das Ziel, die Kindersterblichkeitsrate bis 2015 um zwei Drittel zu senken, wurde bisher nur zu 32 Prozent erreicht.

Noch schlimmer sieht es bei der Verbesserung der Müttergesundheit aus: das Ziel, die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel zu senken, wurde zu lediglich neun Prozent erreicht. Es bestehen große Finanzierungslücken bei den Programmen zur Erreichung dieses Millennium-Entwicklungsziels. Seit Mitte der 1990er Jahre ist sogar in den meisten Entwicklungsländern ein erheblicher Rückgang der pro Frau bereit gestellten Gebermittel für Familienplanung zu verzeichnen.

Um echte Fortschritte bei der Verringerung der Kinder- und Müttersterblichkeit zu erreichen, müssen die Aktionspläne konkrete Maßnahmen umfassen. Dabei geht es um gute reproduktionsmedizinische Dienste, Schwangerschaftsvorsorge und Schwangerschaftsnachsorge; es geht um notwendige Impfungen und um den Zugang der Frauen und Mädchen zu Verhütungsmitteln. Der Zugang zur Geburtshilfenotversorgung und die Betreuung durch medizinisches Fachpersonal müssen verbessert werden und die lokalen Gesundheitsstrukturen und die Gemeindegesundheit müssen gestärkt werden. Besonders notwendig ist die Betreuung von schwangeren Mädchen unter 15 Jahren. Denn Mädchen unter 15 Jahren sterben mehr als fünfmal so häufig bei der Entbindung wie Frauen zwischen 20 und 30 Jahren.

Vor diesem Hintergrund ist es ein Skandal, dass die schwarz-gelbe Koalition zugelassen hat, dass das Thema Frauen als Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit in den Haushaltsberatungen gestrichen wurde. Und: Wenn Entwicklungsminister Niebel den Koalitionsvertrag so ernst nimmt wie er immer behauptet, ist es Zeit, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen. In dem Vertrag ist Gesundheit als ein Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit festgelegt.

Die weltweit höchsten Müttersterblichkeitsraten (pro 100.000 Lebendgeburten) gibt es in:

Sierra Leone: 2.100

Afghanistan: 1.800

Niger: 1.800

Tschad: 1.500

Angola: 1.400

Somalia: 1.400

Ruanda: 1.300

Liberia: 1.200

Nigeria: 1.100

Malawi: 1.100

Kongo: 1.100

Guinea: 1.100

Burundi: 1.100

Zum Vergleich: In Deutschland gibt es durchschnittlich vier Todesfälle bei 100.000 Lebendgeburten.